



Unternehmenssteuern statt Entwicklungshilfe

Unternehmenssteuern statt Entwicklungshilfe

Afrika – Die vorherrschende Auffassung in der Entwicklungspolitik, dass arme Länder internationale Investoren nur über Steuerbegünstigungen anlocken können, hält Dereje Alemayehu für fatal.

Der gebürtige Äthiopier studierte in Berlin Ökonomie und gilt als Experte für illegale Finanzflüsse und Schattenfinanzzentren.

Am Dienstag weilte Alemayehu im Zuge einer Diskussionsveranstaltung des Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit zum Thema „Steuer und Oasen“ in Wien.

Alemayehu berichtete von einem Luxushotel in Mosambik, dessen Besitzer alle fünf Jahre wechselt. Warum? „Weil internationale Investoren genau fünf Jahre von der Steuer befreit sind.“ Die Krux: Die Weltbank dränge die Entwicklungsländer zu diesen Steuerzuckerln. Seine These: „Wenn die Steuererleichterungen wegfallen und ausländische Investoren ganz normal ihre Steu-

ern zahlen, dann braucht es auch keine Entwicklungshilfe in dem jetzt vorherrschenden Ausmaß.“ Er plädiert vielmehr für einen Mindest-Körperschaftsteuersatz. So würde der Wettbewerb der einzelnen Entwicklungsländer um Investoren gebremst. Anstrengungen, Steuersysteme zu harmonisieren, gebe es bereits in Ostafrika (Kenia, Uganda).

Tricks Der Vorsitzende des Tax Justice Network Africa sprach zudem über „Profit Shifting“. Alemayehu: „Multinationale Konzerne erhöhen die Kosten in Ländern, wo die Steuern hoch sind. Die Gewinne verlagern sie aber dorthin, wo wenig bis gar keine Steuern zu bezahlen sind – in Entwicklungsländern.“ 60 Prozent der Steuerhinterziehung bzw. -umgehung weltweit würden auf diese Konstruktionen entfallen. Den Entwicklungsländern seien so zwischen 2000 und 2009 rund 8,44 Billionen Dollar an Einnahmen entgangen. – Markus Stingl